

Kaufbeuren, 21.7.2015:



Kaufbeuren. Asylpolitik:

Stellungnahme zur Resolution der CSU-Stadtratsfraktion.

**Vorgetragen in der Sitzung des Stadtrats Kaufbeuren
vom 21.7.2015.**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende, am Wochenende besuchte ich die Wallfahrtskirche Maria-Rain und nahm von dort einen Prospekt von Caritas-International Katastrophenhilfe mit. Darin steht: 12 Millionen Menschen aus Syrien sind auf der Flucht. 1 Million Syrier sind in den Libanon geflüchtet. Aktuell kommen auf 1.000 Libanesen 281 Flüchtlinge.

330 Asylsuchende und Flüchtlinge aus unterschiedlichen Staaten haben 2015 in Kaufbeuren Schutz gefunden. So treffen auf 100 Kaufbeurer weniger als eine Schutzsuchende Person!¹

Sicher ist die Zunahme von Flüchtlingen für die Europäischen Länder und die Kommunen eine Herausforderung. Mit einer vorausschauenden, modernen Asyl-, Flüchtlings- und Integrationspolitik sind solche Herausforderungen zu meistern und es gibt keinen Grund in Panik zu verfallen. Die in den letzten Monaten immer offensichtlicher gewordenen Probleme der Europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik machen aber deutlich, dass Europa keine kleinteiligen Reparaturen benötigt, sondern eine Großreform, was Fluchtursachenbekämpfung ebenso einschließt, wie eine Schaffung legaler Einwanderungswege. Deutschland als ökonomisches Schwergewicht in Europa sollte hier eine Vorreiterrolle übernehmen und mit Weitblick auch an Visionen arbeiten. Asylpolitik im 21. Jahrhundert ist nicht nach Lust und Laune zu machen. Moderne Gesamtkonzepte sind gefragt. Dafür muss die Bevölkerung gewonnen werden, damit diese neuen Wege gelingen und die Herausforderungen gemeinsam gemeistert werden. Abschreckungspolitik und Abschottung wird langfristig nicht funktionieren. Kritisch betrachtet werden sollte auch die Einstufung von Ländern in sichere Herkunftsstaaten. Entsprechen sie dem europäischen Flüchtlingsrecht und den verfassungsrechtlichen Vorgaben? Länder die Minderheiten diskriminieren darf kein Persilschein ausgestellt werden.

Der vorliegende Antrag der CSU-Stadtratsfraktion findet von unserer Seite keine Zustimmung. Bei genauem Hinschauen sind Worte und Aussagen zu finden die einen

¹ Einwohner der Stadt Kaufbeuren nach Wohnstatus zum 30.06.2015: Gesamtergebnis 44.015.

aufhorchen lassen sollten? Sind sie nicht genauso bei der AfD, in der Pegida-Bewegung und in rechten Gruppierungen zu finden?

Wir distanzieren uns deshalb von der Resolution der CSU. Sie beinhaltet Formulierungen, die Ängste schüren und Panik machen sind. Sind 330 Asylsuchende eine Masse? Dies wird mit der schiereren Zahl der Zuwanderer suggeriert. Ängste werden geschürt, wenn es um die Streichungen von kommunalen Leistungen für die Daseinsvorsorge geht. Es droht der Leistungskollaps der Kommunen beim Zuzug nicht asylberechtigter Personen. Anmerkung: Bei Eisstadion anscheinend nicht!

Abgelehnten Asylsuchenden, deren Asylantrag gescheitert ist, wird hier pauschal Sozialmissbrauch unterstellt. Menschen in Staaten abzuschieben, die asylrechtlich als »sichere Herkunftsstaaten« eingestuft werden sollen, unterläuft jeden gesetzgeberischen Standard, missachtet verfassungs- und unionsrechtliche Vorgaben.

Bewusst werden in der Resolution Vorurteile bedient, keine harten Fakten genannt, gesetzliche Grundlagen bleiben unerwähnt, Drohkulissen werden aufgebaut.

Doch es geht auch anders. Ein großer Teil der Kaufbeurer Bevölkerung unterstützt Flüchtlinge und Asylsuchende. In dem breiten aufgestellten Bündnis sind Kirchen, Institutionen, 354 Bürger und Stadträte vertreten.

Ich zitiere hier aus den Leitsätzen:

- Wir sagen NEIN zu einer Politik, die Ängste schürt.
- Wir sagen NEIN zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.
- Wir sagen JA zu einer Kultur der Akzeptanz.
- Wir sagen JA zu offenen und menschlichen Begegnungen.
- Wir stehen zusammen für eine Region der Toleranz und des guten Miteinanders.

Wir begrüßen eine gemeinsam mit allen Stadtratsfraktion sowie Bürgerinnen und Bürgern erarbeitete Resolution für Asyl und Flucht. Dabei müssen die Solidarität mit den Asylbewerbern und unsere Verantwortung klar zum Ausdruck kommen.

Dem ausgrenzenden und fremdenfeindlichen Geist, der uns vorgelegten Resolution, treten wir mit Nachdruck entgegen. Es ist unsere rechtliche und humanitäre Pflicht, hilfesuchenden Menschen Zuflucht zu bieten. Zu dieser Verantwortung bekennen wir uns uneingeschränkt.

Ulrike Seifert
Fraktionssprecherin